

Rechenschaftsbericht

der AG Migration und Vielfalt

zur Bundeskonferenz am 9./10. Juni 2017 in Berlin

In der Parteienlandschaft ist unsere Arbeitsgemeinschaft weiterhin einzigartig und ein wichtiger Akteur der Sozialdemokratie, wenn es um unsere Einwanderungsgesellschaft und Migrationspolitik geht. Vor dem Hintergrund einer großen Koalition mit einem Partner, der sich weiterhin weigert, die Realität unserer Einwanderungsgesellschaft zu akzeptieren und das Recht auf Asyl permanent in Frage stellt, lastete eine große Verantwortung auf unseren Schultern. Dieser Verantwortung haben wir mit der Arbeit der letzten beiden Jahre Rechnung zu tragen versucht. Mit dem folgenden Bericht über unsere Arbeit legen wir der Bundeskonferenz am 9./10. Juni Rechenschaft ab.

Der Bundesvorstand 2015 bis 2017

Bundvorsitzender

Bozkurt, Aziz (Berlin)

Stellvertretende Bundesvorsitzende

Firat, Tuna (Hessen-Süd)

Juratovic, Josip (Baden-Württemberg)

Khalaf, Nadia (Nordrhein-Westfalen)

Rudolph-Kokot, Irena (Sachsen)

Beisitzerinnen und Beisitzer

Abaci, Fikret (Braunschweig)

Axourgos, Dimitrios (Nordrhein-Westfalen)

Ekici, Kader (Nordrhein-Westfalen)

Erten, Hayat (Rheinland-Pfalz)

Kirgiane-Efremidou, Stella (Baden-Württemberg)

Sarikaya, Serpil (Hessen-Süd)

Schmidt, Christopher Keiichi (Schleswig-Holstein)

Tobo, Carolina (Nordrhein-Westfalen)

Vicente, Miguel (Rheinland-Pfalz)



Themen der Einwanderungsgesellschaft weiterentwickeln

Eine große Aufmerksamkeit haben wir in den letzten beiden Jahren auf die **Flüchtlingspolitik** gelegt. Insbesondere der öffentliche Fokus seit dem Sommer 2015 und die ständig wechselnden Forderungen in diesem Bereich haben schnelle Reaktionen unsererseits erfordert. Proaktiv haben wir insbesondere zu Beginn der Wahlperiode Forderungen für die europäische Flüchtlingspolitik – legale Wege nach Europa, eine solidarische Verteilung, gleiche Standards bei der Aufnahme etc. – aufgestellt, die mittlerweile auch in breiten Teilen der Gesellschaft getragen werden.

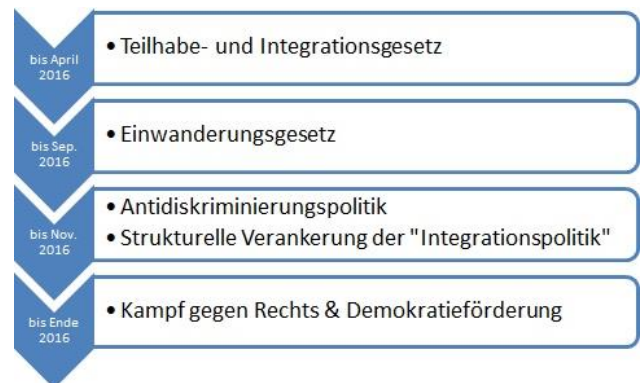


Mit dem politischen Aufschwung der Rechtspopulisten und der Vergiftung des öffentlichen Diskurses und des gesellschaftlichen Klimas, ist die Zahl der Anschläge auf Geflüchtete gestiegen. Deshalb war der **Kampf gegen Rechts** auch ein wesentlicher Teil unserer inhaltlichen Arbeit und mündete u.a. in einem Positionspapier zur Bundeskonferenz 2017 zum Umgang mit den Rechtspopulisten.



Darüber hinaus haben wir proaktiv Themen vorangetrieben, die wir auch im Wahlprogramm zu verankern, versucht haben. Diese

haben wir auch für die Bundeskonferenz aufbereitet. Zur interkulturellen Öffnung der Verwaltungen haben wir Eckpunkte für ein **Partizipationsgesetz** auf Bundesebene erarbeitet. Das Thema **Antidiskriminierungspolitik** haben wir versucht, in die sozialdemokratische Aufstiegserzählung einzubinden und weitere Reformvorschläge zu entwickeln. Zur Bundeskonferenz haben wir darüber hinaus einen Strukturvorschlag für die **Verankerung der Integrationspolitik auf Bundesebene** erarbeitet. Weiterhin haben wir die Arbeit der Bundestagsfraktion beim Thema **Einwanderungsgesetz** begleitet und kommentiert und für das Wahlprogramm weitere Reformschritte im **Staatsangehörigkeitsrecht** eingebracht.



Zielgruppenarbeit und Interkulturelle Öffnung der SPD

Zum Thema **Zielgruppenarbeit** wurde Dimitri Stratievski aus der Berliner AG zum Bundesausschuss eingeladen, der von den Erfahrungen der Gründung einer Projektgruppe mit russischsprachigen Genoss*innen berichtete und Erfolge und Herausforderungen für die Zielgruppenarbeit schilderte. Die Tatsache, dass durch die Projektgruppe zahlreiche neue Genoss*innen in dieser Zielgruppe gewonnen werden konnten und die Gruppe als Ansprechpartner*in in der Community – mit ihrer ganzen Vielfalt – etabliert werden konnte, weckten großes Interesse. Angemerkt wurde hierbei jedoch skeptisch, dass man mit zu vielen Einzelgruppen nicht zu sehr auseinandergehen dürfe. Hierzu hat der Bundesvorstand ein schlüssiges Positionspapier erarbeitet. Fragestellungen im Zentrum sind, wie neue Zielgruppen in der Einwanderungsgesellschaft besser erreicht werden können, wie ein institutionalisierter Austausch mit der Einwanderungsgesellschaft aussehen und wie die Vernetzung der bisherigen Mitglieder mit

Einwanderungsgeschichte unterstützt werden kann. Hierbei geht es um mehr als gezieltes Werbematerial für Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

Die **Interkulturelle Öffnung** unserer Partei ist nach wie vor ein langer und auch steiniger Weg, wie in allen anderen Bereichen unserer Gesellschaft ebenfalls.

Bis hin in den Parteivorstand ist die Kandidat*innen - Lage hinsichtlich der Fragestellung nach dem Vielfaltsaspekt recht dürftig. Passend zu diesem Personalthema war das Votum der Antragskommission des Bundesparteitages Ende 2015 zu unseren Vorschlägen zur interkulturellen Öffnung der SPD. Dies alles zeigt auf, dass wir doch noch einen gewissen Weg als Vielfaltspartei vor uns haben und unsere Kernforderungen

- der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Landesvorstände regelmäßig einen Fortschrittsbericht über den aktuellen Stand der interkulturellen Öffnung vorlegen
- jede Gliederung eine Zielvereinbarung hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft, der Besetzung ihrer Gremien und Mandate erarbeitet
- die SPD gezielt um junge Menschen mit Migrationshintergrund wirbt
- die Parteschule ehrenamtliche Schulungen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz anbietet
- ein Mentoringprogramm für Mitglieder mit Migrationshintergrund zur Verfügung stellt

weiterhin Bestand haben.

Vernetzt die Sozialdemokratie bewegen



Wir wissen, dass wir unsere Themen ohne starke Netzwerke inner- und außerhalb der SPD nicht ausreichend voranbringen können. Deshalb wollten wir unsere Netzwerkarbeit intensiv angehen. Hierzu zählte die Mitarbeit im Projekt #NeuesMiteinander der **SPD-Bundestagsfraktion**, wo wir auch personell integriert waren.

Bei den öffentlichen Veranstaltungen des Projektes nahmen zahlreiche Vorstandsmitglieder unserer AG aus der Bundesebene, aber auch aus den Ländern teil.

Bei der **FES** haben wir neben der Mitarbeit bei zahlreichen Veranstaltungen im Expertengremium zum Umgang mit islamistischem Extremismus und Islamfeindlichkeit und bei der Leitbildkommission mitwirken dürfen.



Mit den anderen Arbeitsgemeinschaften haben wir auf verschiedenen Ebenen zusammengearbeitet.



Gerade in der Flüchtlingspolitik konnten wir mit den **Jusos** zusammen die große Koalition kritisch begleiten. Mit und dank der Initiative der **AG 60+** und der **AG Selbst Aktiv** haben wir unter dem Titel „Wohnkonzepte für eine gute Zukunft für alle“ im Dezember 2015 u.a. mit dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Florian Pronold diskutiert. Mit der **ASJ** haben wir versucht,

das Thema Einwanderungsgesetz zu begleiten. Mit der ASJ und der AG 60+ haben wir im April 2017 die Antidiskriminierungspolitik im Rahmen einer Veranstaltung diskutiert. Mit der AfB wurde als Vorbereitung auf die aktuelle Bundeskonferenz ein gemeinsames Papier zur Aufstiegs politik erörtert. Auf der Ebene der AG-Vorsitzenden fanden darüber hinaus regelmäßige Treffen statt, um u. a. auch die Parteivorstandssitzungen vorzubereiten.

Sichtbar und lautstark in der Öffentlichkeit

Mithilfe des Aufbaus eines eigenen **Presseverteilers** haben wir im ersten Schritt eine Unabhängigkeit von der Pressestelle im Willy-Brandt-Haus erarbeitet. Durch zahlreiche Pressemitteilungen – knapp alle drei Wochen mindestens eine Pressemitteilung – konnten wir die Bekanntheit unserer AG deutlich steigern. Neben den Jusos dürfte unsere AG deshalb die höchste Sichtbarkeit bei den Arbeitsgemeinschaften erlangt haben. Gestützt wurde dies durch Namensbeiträge unseres Bundesvorsitzenden in Zeitungen mit hohen Reichweiten. Dadurch konnte auch Interesse bei Radio- und Fernsehsendern geschaffen werden. Flankiert wurde die Pressearbeit durch Beiträge beim Vorwärts, um auch die parteiinterne Öffentlichkeit zu bedienen.

In der Periode haben wir acht **Newsletter** und zwei Spezialausgaben rausgegeben. Enthalten waren darin u. a. Beiträge mit Yasmin Fahimi zur Interkulturellen Öffnung, mit Ralf Stegner zur Flüchtlings- und Migrationspolitik. Außerdem wurden u. a. die Themen eines solidarischen und weltoffenen Europas, NSU, Flüchtlingspolitik, Rechtsradikalismus behandelt. Berichte zu unseren Sitzungen, aus den Bundesländern und aus der Bundestagsfraktion vom Integrationsbeauftragten Josip Juratovic gab es ebenfalls für unsere Leser. Die Landesverbände wurden regelmäßig für Ihre Beiträge für den Newsletter abgefragt. Die uns zugesendete Berichte wurden entsprechend veröffentlicht. Wir empfehlen ein weiteres

Erscheinen der Newsletter mit z.B. (noch) mehr Best-Practice-Beispielen aus den Landesverbänden zur Inspiration bzw. zum Nachmachen. Eine Abfrage in den LV zur Weiterentwicklung des Newsletter wäre wünschenswert.



Wir haben unsere **Social-Media**-Präsenz stetig ausgebaut, mit über 1.225 Likes im April 2015 bis über 2.100 Likes zwei Jahre später. Was die Reichweite unserer Seite angeht, sind wir von den Arbeitsgemeinschaften auf Platz 2 hinter den Jusos. Der Post mit der größten Reichweite mit 22.548 Personen war das „Nein zum Asylpaket II“ vom 25.2.2016. Durchschnittlich erreichen unsere Posts etwa 1.000 Personen pro Beitrag, mit jeweils 80-90 Reaktionen.

Außerdem hat der Bundesvorstand eine Facebook-Gruppe zur Koordination von Social-Media-Aktivitäten innerhalb der Strukturen der Arbeitsgemeinschaft gestartet. Die Gruppe steht allen offen, die eine Facebook-Seite für eine AG-Gliederung betreuen, von Ortsebene über Unterbezirks- bis Landesebene.

Zur **Parteiinternen Sichtbarkeit** gehören auch die **Bundesparteitage**. Vom 10. – 12.12.2015 kamen 600 Delegierte und Gäste in Berlin zum ordentlichen Bundesparteitag zusammen. Wir waren selbstverständlich auch dort und haben uns mit einem Stand und einer Veranstaltung in der Dialogarena präsentiert.

An unserem Stand war ein reges Treiben und alle Genoss*innen, die vorbei geschaut haben, konnten sich mit einer Message fotografieren lassen. Sie wurden aufgefordert den Satz „Wir schaffen machen das, weil...“ auf einem Plakat zu vervollständigen und wurden abgelichtet. Die Fotos haben wir vor Ort ausgedruckt und auf einer Fotowand für alle zugänglich präsentiert. Zu den Prominenten, die sich an



unserem Stand ablichten ließen, gehörten u. a. Torsten Albig, Thomas Oppermann, Aydan Özoğuz, Ralf Stegner, Thorsten Schäfer-Gumbel, Andre Stinka, Serpil Midyatli, Elke Ferner, Turgut Yüksel, Karamba Diaby, Johannes Kahrs und viele mehr. Wir hatten hier auch die Chance, uns bei der scheidenden Generalsekretärin Yasmin Fahimi für die gute Zusammenarbeit zu bedanken und Katarina Barley zur Wahl der neuen Generalsekretärin zu gratulieren und sie in einem kurzen Gespräch kennen zu lernen.

Zudem waren wir in der Dialogarena mit einer Podiumsdiskussion vertreten. Zu Gast war hier Breschkai Ferhad von den Neuen Deutschen Organisationen. Sie diskutierte unter der Moderation unseres Bundesvorsitzenden Aziz Bozkurt mit unserer stellvertretenden Bundesvorsitzenden Nadia Khalaf zum Thema "Land der Vielfalt. Was hält uns zusammen? Werte, Kultur oder Symbole?".

Darüber hinaus waren wir auch mit inhaltlichen Beiträgen stark vertreten. Schon am ersten Tag hat der Bundesparteitag den Antrag „Solidarität und Verantwortung in Staat und Gesellschaft“ zur Geflüchtetenpolitik diskutiert und beschlossen. An der Debatte zum Antrag beteiligten sich aus unserem Bundesvorstand Aziz Bozkurt, Irena Rudolph-Kokot und Stella Kirgane-Efremidou mit Beiträgen. Zwei Änderungen zum Familiennachzug und zur Ablehnung einer Kostenbeteiligung von Geflüchteten an Sprachkursen konnten wir hinein verhandeln. Weitere Anträge, wie zu den Themen Interkulturelle Öffnung (IKÖ) der SPD und Racial Profiling mussten leider vertagt werden.

Verbandsentwicklung: Erster Kommunalkongress in Gelsenkirchen

Knapp einhundert Sozialdemokrat*innen mit Zuwanderungsgeschichte aus dem gesamten Bundesgebiet trafen sich zur Vernetzung und zur gemeinsamen inhaltlichen Arbeit auf dem 1. Kommunalkongress der Bundes-AG in Gelsenkirchen. Anwesend waren Bürgermeister*innen, Fraktionsvorsitzende, Ratsmitglieder, sachkundige Bürger*innen und Mitglieder in Integrationsräten. Kurzum: die Veranstaltung zeigte, wie viel Potential die SPD in den Kommunen besitzt.

Als Gäste konnten der Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Frank Baranowski, der selbst polnische Wurzeln hat, Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales in Nordrhein-Westfalen, und Klaus Tovar, Leiter der SPD-Parteischule, begrüßt werden. Sie alle hielten Grußworte zur Bedeutung der Integration und des politischen Engagements von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Im weiteren Verlauf diskutierten die Kommunalpolitiker*innen über verschiedene Themen und aktuelle Herausforderungen. Mit dem Integrationsbeauftragten der SPD-Bundestagsfraktion, Josip Juratovic, wurden Instrumente zur Wiederbelebung der sozialdemokratischen Aufstiegspolitik



debattiert. Der integrationspolitische Sprecher der SPD-Fraktion in Köln, Christian Joisten, sprach mit den Anwesenden über die kommunalen Herausforderungen bei der Integration von Geflüchteten. Miguel Vicente, der Integrationsbeauftragte von Rheinland-Pfalz, erörterte Vorschläge zur weiteren interkulturellen Öffnung der SPD und die Fraktionsvize in Köln, Susana Dos Santos Herrmann, legte dar, welche Werkzeuge für eine erfolgreiche Kommunikation der eigenen Politik nützlich sein können.

Die Veranstaltung soll, nach vielen positiven Rückmeldungen, regelmäßig stattfinden.

Preis der Vielfalt

Auf unserer letzten Bundeskonferenz am 24. April 2015 in Berlin, wurde zum ersten Mal der „Preis der Vielfalt“ verliehen. Der Bundesvorstand hatte zuvor beschlossen, mit dem Preis alle 2 Jahre Personen, Vereine oder Verbände für ihr herausragendes Engagement für die Vielfalt in Deutschland zu würdigen. Es wurden diverse Kriterien und, zur ersten Ausschreibung des Preises, der Themenbereich „Flüchtlingshilfe“ festgelegt.

Obwohl ganz frisch aus der Taufe gehoben, gingen über ein Dutzend preiswürdige Bewerbungen ein. Erhalten hat den „Preis der Vielfalt“ das „Praxisprojekt Migrationsrecht – Juristische Hilfe für Flüchtlinge durch Studierende“ aus Halle/Saale. Diese kamen auch mit einer großen Gruppe in der Praxisprojekt Aktiven zur Preisverleihung angereist. In einem würdigen Rahmen hielt Thorsten Schäfer-Gümbel, stellvertr. Parteivorsitzender und Hessens Landesvorsitzender der SPD, die Laudatio und übergab anschließend den „Preis der Vielfalt“ an die jungen Studierenden und ihren Mentor. Unser Vorstandskollege Dimitrios Axourgos und unsere Vorstandskollegin Serpil Sarikaya übernahmen die Organisation im Vorfeld und die Moderation bei der Verleihung.



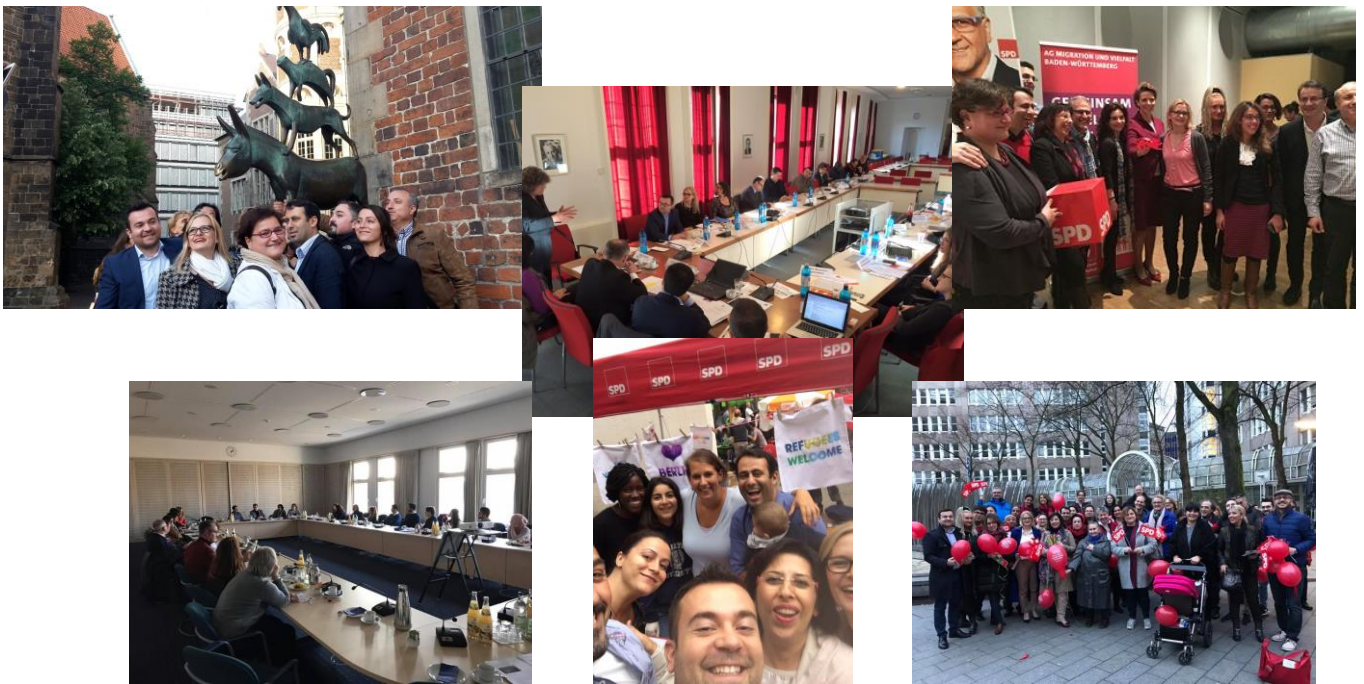
Die nächste „Preis der Vielfalt“ Verleihung wird im Juni im Rahmen der Bundeskonferenz stattfinden.

Bundесvorstandssitzungen und Betreuung der regionalen Arbeitsgemeinschaften

Der inhaltliche Austausch auf Bundesebene ist für die Aktivierung unserer Arbeitsgemeinschaft eine wichtige Aufgabe. Aufgrund begrenzter Ressourcen haben wir die Bundесvorstandssitzungen für den Austausch genutzt. Dazu bereisten wir bundesweit verschiedene Orte, um mit unseren Arbeitsgemeinschaften vor Ort Themen weiterzuentwickeln und die regionalen Akteur*innen zu stärken. So waren wir in der vergangenen Wahlperiode 2015 bis 2017 in Berlin, Bremen, Frankfurt a.M., Düsseldorf, Karlsruhe, Kiel, Bochum.

Die Bundесvorstandssitzungen verbanden wir jeweils dreimal mit Bundesausschusssitzungen und immer mit einer Veranstaltung, die wir gemeinsam mit der örtlichen Arbeitsgemeinschaft durchführten. Auch das Kennenlernen der regionalen Mandatsträger*innen mit Migrationsgeschichte und Unterstützerinnen und Unterstützer unserer Themen stand auf dem Programm.

Zusätzlich wurden Ansprechpartner*innen für alle Bundesländer festgelegt. Landesverbände ohne aktive Arbeitsgemeinschaften Migration und Vielfalt wurden mit einer Anregung solche zu gründen angeschrieben. Auch Besuche einzelner Vorstandsmitglieder auf Einladung örtlicher Arbeitsgemeinschaften fanden statt. Das Angebot, die Ansprechpartner*innen des Bundесvorstandes zu nutzen, wurde sehr unterschiedlich wahrgenommen.



Zum regelmäßigen Austausch mit den Landesarbeitsgemeinschaften wurden regelmäßig Telefonschalten durchgeführt. Auch der Newsletter diente dazu, Informationen in die Regionen zu geben und den bundesweiten Austausch voranzutreiben.